

44/45
78

Union in Deutschland

Bonn, den 21. Dezember 1978

Liebe Freunde,

Das Jahr 1978 war für die Christlich Demokratische Union Deutschlands erfolgreich. Wir haben drei Landtagswahlen gut bestanden. Hätte Hans-Ulrich Klose die Hamburger Wähler nicht darüber getäuscht, daß er den Staatsdienst für Extremisten öffnen will und die Soziale Marktwirtschaft mit kommunistischen Argumenten angreift — Wähler-täuschung wird offensichtlich bei der SPD zur Tradition —, dann gäbe es heute vermutlich auch in Hamburg eine christlich-demokratische Regierung. In Niedersachsen hat die CDU mit Ernst Albrecht zum ersten Mal die absolute Mehrheit und die Regierungsverantwortung in einer Landtagswahl gewonnen. In Hessen, dem traditionellen Stammland der SPD, ist die CDU durch beispielhaften Einsatz, nunmehr in drei Wahlen bestätigt, die stärkste politische Kraft.

Die Bundespartei hat in diesem Jahr ihre Sachkompetenz, ihre Geschlossenheit und ihre geistig-moralische Führungskraft unter Beweis gestellt. Ohne diese Fähigkeiten wäre es nicht möglich gewesen, ein Grundsatzprogramm dieser Substanz und Tragweite einstimmig zu verabschieden. Eine Partei, die von Abspaltung oder Zerrissenheit bedroht ist, wäre an dieser Aufgabe gescheitert. Der erfolgreiche Abschluß unserer Grundsatzprogrammarbeit beweist: Diese Partei ist rundum in Ordnung. Sie ist einig und hat keine Flügelkämpfe. Sie stimmt in ihren Grundsätzen überein, und diese Grundsätze sind klar.

Ohne das integrierende Wirken unseres Parteivor-sitzenden wäre dies nicht möglich gewesen. Neben

Weiter auf Seite 2

■ ENERGIE

SPD/FDP-Politik: Hinhalten, Ausflüchte und keine Entscheidung Seite 5

■ HAUSHALT

Trauriger Rekord in der Verschuldung des Bundes Seite 7

■ EUROPAAWAHL

Heiner Geißler stellt richtig Seite 11

■ MITTELSTAND

Verkürzung der Arbeitszeit bringt keine neuen Stellen Seite 12

■ ARBEIT

Ehrenbergs neuer Gesetzentwurf ist noch schlechter als der Runderlaß Seite 13

■ DOKUMENTATION

Wahlen 1978 / Daten und Trends zur politischen Situation grüner Teil

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Neujahr wünschen Redaktion und Verlag allen Lesern des Uid. Der Uid 1/2 erscheint am 11. Januar 1979.

vielmehr anderem, wofür wir Helmut Kohl zu danken haben, möchte ich ihm besonders für diese Kraft zur Einheit der CDU den herzlichen Dank der gesamten Partei aussprechen. Helmut Kohl hat in den fünf Jahren, die er Parteivorsitzender ist, die CDU zu einer großen, einheitlichen und überzeugenden politischen Bewegung zusammengeführt. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Wir können mit Zuversicht unsere Arbeit im nächsten Jahr fortsetzen. 50 Prozent der Bürger halten uns für die sympathischste Partei. Die Ziele, die wir uns gesteckt haben, sind erreichbar. Der nächste Bundespräsident wird aus den Reihen der Union gewählt werden. Dazu haben wir in Wahlen die Mehrheit erhalten. Obskure Stimmenabwerbeversuche sind zum Scheitern verurteilt. Sie beweisen, daß es den Regierungsparteien am nötigen Respekt für das Amt des Bundespräsidenten fehlt. Die Unionsparteien besitzen mit Karl Carstens einen hervorragend geeigneten Kandidaten, der großes Ansehen in der Bevölkerung genießt.

Eine erfolgreiche Politik, die sich der Anliegen aller Bürger angenommen hat, gibt uns berechtigte Aussicht, daß die CDU in den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein wieder die absolute Mehrheit erreichen wird. In Berlin ist Richard von Weizsäcker zusammen mit dem Landesverband der Berliner CDU dabei, Berlin wieder zu einem Mittelpunkt deutscher Politik zu machen und dieser Stadt, statt sozialdemokratischer Filzokratie, wieder ein hauptstädtisches Format zu geben. Die Hoffnungen der Berliner Bevölkerung richten sich auf Richard von Weizsäcker.

Bundespolitisch stehen wir vor der großen Bewährungsprobe der ersten Direktwahlen zum europäischen Parlament. Die SPD hat auf ihrem Parteitag im November keinen Zweifel daran gelassen, daß sie entschlossen ist, Europa zu einem ideologischen Kampfplatz zwischen Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und christlichen Demokraten, Konservativen und Liberalen auf der anderen Seite zu machen. Nicht die Kommunisten in Europa bezeichnen die deutschen Sozialisten als ihre Hauptgegner, sondern uns, die christlich-demokratischen Parteien und die konservativen Parteien. Nicht eine Koalition mit den demokratischen Parteien ist also das Ziel der SPD, sie hat sich vielmehr auf den gefährlichen Weg einer Volksfront mit den Kommunisten begeben.

Dies ist nicht das Europa, das seine Bürger wollen. Die Bürger Europas wollen nicht schleichende Neutralisierung, sondern Sicherheit. Sie wollen nicht bürokratische Bevormundung, sondern Bürgerfreiheit. Sie wollen nicht Klassenkampf, sondern soziale Partnerschaft. Die Bürger Europas wollen eine politische Ordnung, die es ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst zu gestalten, ihr Glück selbst zu finden. Politik darf nicht bestimmen wollen, was das Glück für die Menschen bedeutet. Zwangsbeglückung durch Kollektive lehnen wir deshalb ab. Aber die Politik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jedermann seine Grundrechte und Grundfreiheiten ausschöpfen kann. Politik ist verpflichtet, die staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für Freiheit zu gewährleisten. Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen.

Ihr

Heiner Geißler

(Heiner Geißler)

■ INFORMATION

Hans Katzer auf Platz eins

Die Landesversammlung der CDU Rheinland und Westfalen hat am vergangenen Wochenende in Iserlohn die Liste ihrer Kandidaten für das im Juni 1979 erstmals direkt zu wählende Europa-Parlament festgelegt. Spitzenkandidat ist Hans Katzer. Auf Rang zwei folgt Handwerkspräsident Paul Schnitker. Absprachegemäß wechselt auf der Liste der insgesamt 27 Bewerber immer ein Rheinländer mit einem Westfalen ab.

Vorher hatte sich die Landesversammlung, die mit kämpferischen Reden von Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf eröffnet worden war, gegen eine Aushöhung der kommunalen Selbstverwaltung gewandt. Die Delegierten forderten in einer Resolution die CDU-Landtagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, daß Landesentwicklungspläne nur noch dort zugelassen werden, wo ein dringendes Interesse besteht. Außerdem forderten die Delegierten, im ländlichen Raum die Zahl der Mittelzentren und Entwicklungsschwerpunkte zu erhöhen.

Für aktiven Friedensbeitrag der EG in Nahost

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, sich entschieden dafür einzusetzen, daß die Europäische Gemeinschaft einen aktiven Beitrag für die Lösung des Nahost-Konfliktes leistet. Die EG müßte alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, eine friedliche, dauerhafte Regelung im Nahen Osten zu erreichen. Die Bundestagsabgeordneten van Aerssen und Blumenfeld, die ein 10-Punkte-Programm zur Beteiligung der Europäi-

schen Gemeinschaft an den Friedensbemühungen im Nahen Osten vorlegten, bedauerten, daß Europas politisches Engagement bisher nur zurückhaltend und abwartend geblieben sei. MdB van Aerssen forderte, es sei höchste Zeit, daß sich die EG politisch für den Frieden im Nahen Osten aktiv einsetze.

Erwerb von Abhörgeräten soll verboten werden

Die CDU/CSU will Erwerb, Besitz und Überlassung von Abhörgeräten verbieten, wie ein Gesetzentwurf vorsieht, den die Opposition auf Initiative ihrer im sogenannten Abhörausschuß tätigen Abgeordneten im Bundestag eingebracht hat. Die Vorlage, die Verstöße mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe ahnden will, geht damit noch über einen bereits vom Bundesrat behandelten Entwurf des Freistaates Bayern hinaus, der den Erwerb von Minispionen an eine Genehmigung der Post knüpft. Der Vorsitzende des Abhörausschusses, MdB Walter Althammer (CSU), sagte bei der Begründung des Gesetzentwurfs, Abhörgeräte sollten künftig ausschließlich staatlichen Stellen überlassen bleiben. Nach Schätzungen von Fachleuten sind in der Bundesrepublik etwa 20 000 Lauschgeräte im Einsatz. Wer außerdem das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen veröffentlicht, soll mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren rechnen müssen.

Gemeinden sollen mehr für die Kinder tun

Die CDU hat für das Jahr 1979, das von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Kindes“ erklärt wurde, eine „Aktion kinderfreundliche Ge-

meinde“ gestartet. Wie der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, MdB Horst Waffenschmidt, vor der Presse erklärte, wurden die über 65 000 Kommunalparlamentarier der Union aufgefordert, in ihren Bereichen mehr für die Familie zu tun. Waffenschmidt legte dazu einen Zehn-Punkte-Katalog von Vorschlägen vor. So sollen die Gemeinden zum Beispiel verbilligte Grundstücke für Familieneigenheime anbieten und in den Wohnbereichen verstärkt kinderfreundliche Spiel- und Erholungsfreiflächen einrichten.

Diese Aktion steht im Zusammenhang mit dem vom Bundesausschuß verabschiedeten Programm „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“, das die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Helga Wex, und der Jugendexperte Kroll-Schlüter erläuterten (vergleiche UiD 43/78). Darin wird das Internationale Jahr des Kindes als Chance bezeichnet, auch in der Bundesrepublik einen neuen Anstoß zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des Kindes zu geben.

Übereinstimmung mit den deutschen Katholiken

Fragen der Grundwerte in der Politik, das Grundsatzprogramm der CDU, gesellschaftspolitische Initiativen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zur Vermögenspolitik sowie Fragen der Familienpolitik und des elterlichen Sorgerechts standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen führenden Vertretern des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der CDU, das am 14. Dezember in Bonn stattfand. Die Leitung des Gesprächs lag bei Generalsekretär Heiner Geißler und dem ZdK-Präsidenten Hans Maier.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß eine Konkretisierung der Grundwertediskussion in den Bereichen Er-

ziehung, Schule, Sorge für die ältere Generation notwendig sei. Sicherung und Stärkung der Grundwerte sei keineswegs alleine Sache der Kirchen, sondern die Aufgabe aller.

Die Vertreter des Zentralkomitees und der Union zeigten Übereinstimmung in Fragen der Vermögenspolitik. Es wurde betont, daß eine breite Streuung bei allen Formen des Eigentums und Vermögens, insbesondere die verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, für die künftige Tarifpolitik und wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sei.

In einem dreistündigen Gespräch nahm die Diskussion über die Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und aktuelle Entwicklungen in der Familienpolitik breiten Raum ein. In der Bewertung der gegenwärtigen parlamentarischen Diskussionen über die Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und des Jugendhilferechts herrschte weitgehende Übereinstimmung.

TÜV soll Arztgeräte überprüfen

Gefährliche Stromstöße und teilweise lebensgefährliche Unfälle, die von medizinisch-technischen Geräten verursacht werden, sollen durch verschärfte Sicherheitsüberprüfungen vermieden werden. Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht, der Prüfungen der Geräte vorschreibt. Herz-Lungen-Maschinen, Röntgenschirme und andere Geräte sollen künftig schon überprüft werden, bevor sie auf dem Markt angeboten werden dürfen. Zudem sieht der Entwurf vor, alle Geräte regelmäßig durch den Technischen Überwachungsverein (TÜV) oder andere Einrichtungen kontrollieren zu lassen. Für mehr Sicherheit sollten Ingenieure in größeren Krankenhäusern beschäftigt werden.

■ ENERGIEDEBATTE

SPD/FDP-Politik: Ausflüchte, Hinhalten — keine Entscheidungen

Der Deutsche Bundestag beriet in der vergangenen Woche wichtige Themen der Energiepolitik. Besonders ging es dabei um Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie, speziell um den Weiterbau des Schnellen Brüters SBR 300 in Kalkar. Die CDU/CSU hat diese Debatte zum jetzigen Zeitpunkt nicht gewollt; sie hätte es begrüßt, wenn in den zuständigen Gremien des Parlaments ohne Hektik mit der nötigen Beratungszeit in aller Sachlichkeit über diese so bedeutende Energiefrage diskutiert worden wäre, erklärte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, MdB Christian Lenzer.

Die Debatte im Bundestag und die Vorgänge davor mit der Rücktrittsdrohung der vier FDP-Minister haben gezeigt, daß die Bundesregierung in der Energiepolitik wie in andern Bereichen kaum noch handlungsfähig ist.

Mag sein, daß Hans-Dietrich Genscher, Josef Ertl, Gerhard Baum und Otto Graf Lambsdorff („Die vier, auf die es ankommt“ — Wahlslogan 1976) ihr Vorgehen subjektiv für erlaubt und honorig gehalten haben: was sie sich in der vergangenen Woche zur Disziplinierung von sechs Dissidenten ausgedacht haben, hat jedoch den letzten Lack vom liberalen Image der FDP abgekratzt.

Nach ihrer Nacht-und-Nebel-Aktion dürfte es ihnen fortan kaum noch gelin-

gen, die Bürger davon zu überzeugen, daß es bei den Freien Demokraten demokratischer zugeht als anderswo — und daß die Liberalen so häßliche Unarten wie Gewissensnötigung und Fraktionszwang nicht kennen. Die erpresserische Methode, mit der die sechs Kalkar-Rebellen in die Knie gezwungen worden sind, hat die FDP schlagartig als eine Partei entlarvt, die um der Machterhaltung willen ihre Grundprinzipien über Bord wirft — und dabei die Gewissensfreiheit außer Kraft setzt, stellte MdB Willi Weiskirch fest.

Die Frage, ob die FDP-Spitze mit ihrer Aktion gegen Beschlüsse des Mainzer Parteitages verstoßen hat oder nicht, soll hier erst gar nicht aufgeworfen werden. Diese Geschehnisse dürften in den internen Auseinandersetzungen bei den Freien Demokraten ohnedies noch eine Rolle spielen. Was hier interessiert, ist das Selbstverständnis einer Partei, die sich auf der einen Seite von Wahl zu Wahl mühsam über die Fünfprozenthürde schleppt, die auf der anderen Seite aber einen ganz beachtlichen Einfluß auf die Richtlinien der deutschen Politik nimmt — ja, die letztlich darüber befindet, wer Bundeskanzler wird.

Die CDU/CSU hat bisher der Versuchung widerstanden, die Kernenergie-debatte in den politischen Tageskampf zu zerren und daraus billiges politisches Kapital zu schlagen. Sie wird

auch in Zukunft ihre konsequente, auf Fakten gegründete Kernenergiepolitik fortsetzen. Für die Rolle als Nothelfer einer Minderheitsregierung, der die eigenen Bataillone davonlaufen, sind wir uns zu schade, betonte MdB Lenzer.

Bei voller Respektierung des Vorrangs von Sicherheit vor anderen Überlegungen ist die Union nach wie vor der Überzeugung, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie sicherheitstechnisch beherrschbar, gesamtwirtschaftlich notwendig, energiepolitisch unverzichtbar und somit auch gesellschaftlich zumutbar ist.

Und das sind die Fakten:

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen versäumt ihre Pflicht, weil ihr Wirtschaftsminister Riemer (FDP) sich immer noch weigert, die dritte Teilerrichtungsgenehmigung für den SBR 300 zu unterschreiben, ohne daß er plausible Gründe dafür anführen kann. Die erste Teilerrichtungsgenehmigung ist schon vor sechs Jahren erteilt worden. Ernsthaftige Gesichtspunkte, die einen Zweifel an diesem Konzept rechtfertigen, sind nicht bekannt, stellte MdB Karl-Heinz Narjes fest.

In Düsseldorf und in Bonn behindert die FDP die Regierungen, ein gemeinsames, von allen Parteien über nahezu ein Jahrzehnt hinweg getragenes Programm, an dem sich auch Belgien und Holland mit zusammen bereits einer Milliarde Mark beteiligt haben, weiterzuführen. Nach ihrem Mainzer Parteitag mit seinen karnevalistischen Zügen und widersprüchlichen Entschlüssen zur Nutzung des Schnellen Brüters, die unter maßgebender Mitwirkung der beiden nordrhein-westfälischen Minister Hirsch und Riemer zustande gekommen sind, ist sie weder berechenbar noch regierungsfähig.

Es steht sehr viel auf dem Spiel:

■ Die deutsche Konzeption des geschlossenen Brennstoffkreislaufes ist ohne die Technologie des Schnellen Brüters nicht durchführbar.

■ Uran wird langfristig knapp. Die Sicherung seiner Versorgung kann für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland durch Brutreaktoren ganz wesentlich gefördert werden.

■ Ohne eigene Baubeiträge kann die Bundesregierung auf die Dauer nicht an der internationalen Zusammenarbeit über die Entwicklung der Technologie des Schnellen Brüters teilnehmen. Dies geht weit über die im Projekt mit Belgien und Holland eingegangenen Verpflichtungen hinaus.

■ Die deutsche Reaktorindustrie würde durch einen Verzicht auf den Schnellen Brüter einen weiteren schweren Rückschlag erleiden und mit ihr die Forscher- und Ingenieurteams sowie die große Zahl der Zulieferer aus den Kernbereichen moderner Technologie.

■ Mehr als 1,2 Milliarden Mark sind bereits verbaut, 0,7 Milliarden Mark Aufträge sind vergeben. Die Abwicklungskosten im Falle des Abbruchs würden noch einmal 1,2 Milliarden Mark verschlingen. Schon diese finanziellen Konsequenzen zeigen, daß der Schnelle Brüter kein Spielzeug für Ideologen mit Ministerrang werden darf.

■ Es gibt keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die neue Fragen zum Gesamtkonzept nötig machen könnten. Das widersprüchliche, nebelhafte, mit dem Namen Riemer verbundene Projekt einer sogenannten Plutonium-Verbrennungsanlage ist nicht seriös. Es gehört nach Schilda. Allein die Umstellung des Uranmantels auf Thorium würde zehn Jahre zusätzlicher Forschungsaufwendungen erfordern.

■ HAUSHALT 1979

Die Schulden des Bundes erreichten neuen Rekordstand

Der Bund wird im kommenden Jahr 204,4 Milliarden DM ausgeben. Dies ist das Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß des Bundestages. Der Vorsitzende des Ausschusses, CDU-MdB Heinrich Windelen, erklärte, es sei zwar gelungen, die Verschuldung aufgrund der besseren Einnahmesituation zu senken, aber der verbleibende Schuldenberg von 31,8 Milliarden DM bedeute abermals einen „traurigen Nachkriegsrekord“. Die Union wird sich dafür einsetzen, die Ausgaben noch um 1,8 Milliarden DM zu kürzen.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärten die Abgeordneten Heinrich Windelen und Lothar Haase (Kassel):

① Die Beratungen des Haushaltsausschusses sind vorläufig abgeschlossen; nach Vorliegen der Ist-Ergebnisse für 1978 soll jedoch noch eine Überprüfung in der ersten Sitzungswoche im Januar erfolgen.

② Der Haushaltsausschuß hat auf der Ausgabenseite zwar eine Vielzahl von Einzelpositionen verändert. Per saldo ist die Summe der Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf jedoch nahezu gleichgeblieben: sie soll sich (vorläufiges Ergebnis) auf 204,4 Mrd. DM belaufen (Regierungsentwurf: 204,6 Mrd. DM). Die in den Einzelberatungen

erzielten Einsparungen wurden durch Mehrausgaben insbesondere beim Kindergeld von 600 Mill. DM (Ergebnis des Vermittlungsausschusses) und aufgrund des neuen DDR-Abkommens (485 Mill. DM) aufgezehrt.

③ Zentrales Problem der Haushalts- und Finanzpolitik bleibt die weiterhin beängstigend hohe Neuverschuldung zu Lasten künftiger Generationen.

Als Folge einer etwas günstigeren Steuerschätzung mit Steuermehreinnahmen des Bundes von 1,7 Mrd. DM,

— der Herabsetzung des Umsatzsteueranteils der EG um 500 Mill. DM,

— einer Sonderablieferung der Post von 1,1 Mrd. DM,

— der Höherschätzung der normalen Postablieferung und sonstiger Verwaltungseinnahmen von 0,2 Mrd. DM konnte die Verschuldung zwar gegenüber der Regierungsvorlage um ca. 3,5 Mrd. DM gesenkt werden. Aber der verbleibende Schuldenzuwachs von 31,8 Mrd. DM bedeutet abermals einen traurigen Nachkriegsrekord; trotz eines für das nächste Jahr erwarteten Wirtschaftswachstums von etwa 3 bis 4 Prozent liegt die Neuverschuldung im nächsten Jahr noch um rd. 4 Mrd. DM oder fast 20 Prozent über dem voraussichtlichen Schuldenzuwachs des Jahres 1978 (geschätzt 27 bis 28 Mrd. DM). Die am 13. April 1978 vom Deutschen Bundestag einstimmig verabschiedete Entschließung, ab 1979 den Schuldenzuwachs

des Bundes zu senken, wird damit nicht eingehalten.

Die Schuldenzunahme ist weiterhin in einem Jahr doppelt so hoch wie von 1950 bis 1969 in 20 Jahren zusammen (damals 14,3 Mrd. DM).

Die Schulden des Bundes werden Ende 1979 fast 210 Mrd. DM erreichen und damit erstmals höher sein als die Summe der Bundesausgaben. Die Belastung mit Zins- und Tilgungsleistungen steigt immer stärker an; jede fünfte Steuermark entfällt auf Zins- und Tilgungsleistungen.

④ Die Summe der im Haushalt 1979 ausgewiesenen Investitionsausgaben — verfassungsrechtliche Obergrenze der zulässigen Neuverschuldung (Artikel 115 Grundgesetz) — ist mit 33,9 Mrd. DM künstlich aufgebläht. Durch Buchungstricks wurden bereits im Haushaltsplan 1978 eine ganze Reihe von Ausgaben als investiv ausgegeben, die nach der bisherigen Veranschlagungspraxis nichtinvestive Ausgaben waren (z. B. Milliardenbeträge zur Finanzierung der Defizite der Bundesbahn, die seit 1978 als Investitionszuschüsse deklariert werden).

Im Haushaltsentwurf für 1979 werden diese und andere Buchungstricks sogar noch im vermehrten Umfang angewendet. In der Summe macht das einen Betrag im Jahre 1978 von etwa 3,5, im Jahre 1979 von mehr als 4,5 Mrd. DM aus. Nach der bis 1977 praktizierten Buchungssystematik überschreitet auch im Haushalt 1979 die Neuverschuldung die Verfassungsobergrenze des Grundgesetzes.

⑤ Der Grund für diese Entwicklung liegt keineswegs in zu niedrigen Einnahmen, sondern weiterhin in viel zu hohen Ausgaben als Folge einer jahre-

langen leichtfertigen Finanzpolitik. Die Summe der Steuerausfälle des Bundes aufgrund des Steuerpakets belaufen sich im nächsten Jahr dagegen auf 25,8 Mrd. DM. Selbst ohne die Steuersenkungen des Steuerpakets wäre der Schuldenzuwachs des Bundes noch immer höher als im laufenden Jahr.

Um mittelfristig die zerrütteten Staatsfinanzen zu sanieren und den Schuldenzuwachs auf ein vertretbares Maß zu senken, bedarf es keiner Steuererhöhungen, erforderlich ist vielmehr äußerste Zurückhaltung bei den Ausgabenzuwächsen durch Rückkehr zur Sparsamkeit.

Es verdient harte Kritik, daß der Bundesfinanzminister es auch bei diesem Haushalt nicht geschafft hat, die Forderungen der Ressorts nach zusätzlichen Stellen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Der Regierungsentwurf erfordert insgesamt 3 075 neue Stellen. 2 465 im Bundesdienst einschließlich Sanitätspersonal der Bundeswehr, 610 bei den vom Bund finanzierten Institutionen.

Der Haushaltsausschuß hat in gemeinsamen Bemühungen die zusätzlichen Stellenwünsche um 920 gekürzt (818 im Bundesdienst, 102 bei den Zuwendungsempfängern). 88 zusätzliche Kürzungen wären herausgekommen, wenn SPD- und FDP-Vertreter im Ausschuß nicht umgefallen wären und auf Druck von Bundesregierung und den Spitzen der Koalitionsfraktionen gezwungen worden wären, die ursprünglich einvernehmlich beschlossenen Streichungen rückgängig zu machen.

Die CDU/CSU wird in der 2. Lesung ihren Antrag wiederholen, der Regierung im Haushaltsgesetz die Auflage zu erteilen, die Stellenpläne nochmals gründlich zu durchforsten.

■ KOALITION

Überflüssige Paragraphen

Der Bundestag hat gegen die Stimmen der CDU/CSU gesetzliche Bestimmungen zur Regelung des Reiseveranstaltungsvertrags zwischen Reiseveranstaltern und Kunden verabschiedet. CDU/CSU messen dem Schutz der Touristen, insbesondere auch im Hinblick auf den zunehmenden Reiseverkehr, besondere Bedeutung zu, stellte MdB Margret Möller dazu fest. SPD/FDP wollen diesen Schutz dadurch erreichen, indem sie den Paragraphenwald um einige weitere überflüssige Paragraphen vergrößern. Die von der Koalition vorgesehenen Bestimmungen sind zum großen Teil überflüssig, da sich entsprechende Regelungen bereits im Werkvertragsrecht im BGB finden. Die Vorschläge der Koalition sind daher zum größten Teil Wiederholungen. Daß dadurch unser Recht nicht besser wird, liegt auf der Hand. Weil die CDU/CSU Irreführungen und Vergrößerung des Gesetzesdschungels ablehnt, hat sie dem Gesetz nicht zugestimmt.

Das geltende Recht bietet dem Reisenden die erforderliche Absicherung, er muß seine Rechte nur kennen und durchsetzen. Daher sieht die CDU/CSU die Hauptaufgabe der Verantwortlichen darin, die Reisenden auf ihre Rechte hinzuweisen. Die CDU/CSU hat dafür vor Beginn der Reisewelle im letzten Sommer ein gutes Beispiel gegeben. Sie hat ein Informationsblatt verteilt, das dem Reisenden klar und übersichtlich zeigt, was er zu tun hat, wenn es auf der Reise zu Schwierigkeiten kommt.

Rierner kämpft weiter gegen den „Schnellen Brüter“

Der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Wirtschaftsminister Rierner hat die Rücktrittsdrohung der vier FDP-Bundesminister in der Frage des Weiterbaus des Schnellen Brüters kritisiert und angekündigt, er werde weiter gegen die Fertigstellung des Reaktors kämpfen. In einem Gespräch mit der „Rheinischen Post“ sagte Rierner, der vom Bundestag beschlossene „Einstieg in die Plutoniumwirtschaft“ sei eine „Gewissensfrage“ gewesen, „bei der man nicht mit angedeuteten Sanktionen Fraktionsdisziplin verlangen kann“, wie es gegenüber der FDP-Bundestagsfraktion geschehen ist. Nach der unter diesen Umständen zustande gekommenen Entscheidung „fühlen viele Bürger in unserem Staat, die gegen die Kernenergie sind, sich jetzt im Bundestag nicht mehr vertreten. „Dies halte ich für eine sehr große Gefahr“, erklärte Rierner.

Genscher mißfällt Europa-Programm der SPD

Kritik hat die FDP an dem Europa-Wahlprogramm der SPD geübt. Bei einem Festakt zum 30jährigen Bestehen der FDP in Heppenheim sagte der Parteivorsitzende Genscher, die Sozialdemokraten sollten nicht glauben, Europa zumuten zu können, was „ein Teil von ihnen seit dem Godesberger Programm für unser Land nicht mehr will und was ein anderer Teil mit Rücksicht auf uns hierzulande nicht verwirklichen kann“.

Auch Lambsdorff kritisiert

Mit einer massiven Kritik an der SPD und den Gewerkschaften hat Bundeswirtschaftsminister Otto Gaf Lambsdorff

(FDP) in die Diskussion um den Arbeitskampf der deutschen Stahlindustrie eingegriffen. Die „ziemlich unbesehene Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen“ wie die nach der 35-Stunden-Woche durch die Sozialdemokraten auf dem Europaparteitag in Köln trage „wohl kaum dazu bei, das wirtschaftspolitische Klima zu verbessern“.

Den Gewerkschaften warf Lambsdorff in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen vor, durch den Streik „eine akute und nachhaltige Gefährdung von Arbeitsplätzen“ zu riskieren. Sollte sich der Arbeitskampf weiter ausdehnen, so erhöhe sich das Risiko, daß die konjunkturelle Erholung abgewürgt werde.

Fünf Kommunisten an Gesamtschulen in NRW

Fünf Lehrer, deren Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation nachträglich bekannt wurde, unterrichten als beamtete Lehrer an Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen. Das teilte die Landesregierung als Antwort auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Pohlmeier mit. Gleichzeitig wies sie die in der Anfrage enthaltene Annahme zurück, daß „gerade an Gesamtschulen regelmäßig ein massives Auftreten der DKP und anderer kommunistischer Gruppierungen beobachtet werden konnte“.

Auch FDP gründete eine kommunalpolitische Vereinigung

Nach CDU und SPD hat jetzt auch die nordrhein-westfälische FDP eine eigene, auf die Kommunalpolitik ausgerichtete Organisation gegründet. In Ratin-

gen trat die „Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker“ (VLK) zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden der gut 400 Mitglieder starken Organisation wurde der FDP-Landtagsabgeordnete Hans Robertz gewählt.

Aus der SPD ausgetreten

Peter Willers, bis vor kurzem einer der drei Vorsitzenden des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)“, und weitere 24 Bremer SPD-Mitglieder des linken Parteiflügels kündigten an, ihre Partei zu verlassen, um eine „Wählergemeinschaft Umweltschutz“ zu gründen. Bisher gab es in Bremen noch keine organisierte Wählergemeinschaft oder „Grüne Liste“ der Umweltschützer.

SPD und FDP gegen ein schärferes Demonstrationsrecht

Die hessische Landesregierung und die Koalitionsfraktion im Wiesbadener Landtag sehen derzeit keinen Grund zur Änderung des Demonstrationsrechts und anderer Vorschriften. In der Debatte über einen CDU-Antrag zu den blutigen Anti-Schah-Demonstrationen in Frankfurt erklärte Innenminister Gries (FDP), von einer Verschärfung der Gesetze sei keine Unterbindung solcher Ausschreitungen zu erwarten.

Für die Union ist nach dem Straßenterror in Frankfurt eine Änderung des Demonstrationsrechts „unabdingbar“. Man dürfe das Recht auf Demonstration nicht auch jenen zubilligen, die unter seinem Deckmantel Gewalt und Terror ausüben wollten, heißt es in der Begründung.

■ EUROPAAWAHL

Heiner Geißler stellt richtig

Das Fernschreiben von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, in dem er die Kritik von CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber an dem Wahlkampfmotto „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“ zurückweist, hat folgenden Wortlaut:

Lieber Kollege Stoiber, ich weiß aus eigener Erfahrung, wie arbeitsintensiv die ersten Wochen in einem neuen Amt sind. Dennoch bitte ich Sie um einige Minuten Aufmerksamkeit.

Der Inhalt dieses Fernschreibens könnte übrigens auch den Redakteuren des „Bayernkurier“ zu Nutz und Frommen sein.

Anlaß meines Schreibens ist, daß die kleinen Freiheiten, die Sie sich genommen hatten, als Sie sich mit dem Slogan der CDU für die Einstimmungsphase der Europawahl beschäftigten, zwar den Bekanntheitsgrad des Mottos wirkungsvoll noch weiter erhöhten, aber der Glückserwartung der Unionsfreunde nach herzlicher Eintracht nicht förderlich waren.

Ich darf daran erinnern: Der Slogan heißt vollständig: „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“. Er setzt konsequent die im gemeinsamen Wahlprogramm 1976 von CDU und CSU niedergelegte Aussage fort. Dort haben Helmut Kohl und Franz Josef Strauß feierlich verkündet: „Jeder soll sich frei entfalten, wie es seinen Fähigkeiten entspricht. Wir wollen das Glück der Menschen, nicht die Zwangsbeglück-

kung durch den Staat.“ Herr Tandler wird Ihnen die Richtigkeit des Zitats bestätigen können.

Wie wichtig dieser Gedanke gerade bei der CSU genommen wird, sieht man daran, daß er im Grundsatzprogramm der CSU, das zu reaktivieren Sie als eines Ihrer Hauptvorhaben bezeichneten, ausdrücklich enthalten ist: Nachzulesen S. 30, Abs. 3, Satz 1.

Wer wollte auch übersehen, daß nicht an der Freiheit orientierte Politik Unglück über die Menschen bringt. Die Bürger Osteuropas erfahren dies täglich. Aber jetzt noch ein praktischer Hinweis: Einstimmungsphasen in Wahlkämpfen haben nicht — wie wir ja wissen — die vornehmliche Aufgabe der Mobilisierung der eigenen Mitglieder, sondern der Sympathiewerbung.

Es kann ja nie schaden, den einen oder anderen Wähler, der bisher SPD oder FDP gewählt hat, hinzuzugewinnen. Trotz beachtlicher Wahlerfolge bleibt auch für die CSU diese Aufgabe bestehen.

Übrigens: Eine Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach im November 1978 war für die Erfinder dieses Slogans recht ermunternd, um nicht zu sagen beglückend.

Dazu ein paar Zahlen: 59 Prozent der Bevölkerung stehen ihm positiv, nur 23 Prozent negativ und lediglich 17 Prozent indifferent gegenüber. Und von denen, die den Slogan „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“

■ MITTELSTAND

Verkürzung der Arbeitszeit bringt keine neuen Stellen

Es ist bemerkenswert, daß angesichts der sich verschärfenden Diskussion um die Frage einer Arbeitszeitverkürzung das Problem fast ausschließlich aus der Sicht der Großbetriebe und ihrer Arbeitnehmer betrachtet und dargestellt wird. Dabei sind fast 90 Prozent aller Unternehmungen mittelständisch strukturiert, erklärte MdB Hansheinz Hauser, Obmann des Diskussionskreises Mittelstand der Bundestagsfraktion.

Die Kostenwirkungen einer Arbeitszeitverkürzung strahlen auf das gesamte Kostengefüge aus. Je nach Be-

einer Partei zuordnen konnten, ordnete ihn die überwiegende Mehrheit richtig der CDU zu. Das ist einen Monat nach Bekanntgabe des Mottos ein doch wohl exzellentes Ergebnis, das jetzt noch exzellenter werden wird.

Vergelt's Gott, Herr Kollege.

Der Slogan erfüllt voll die in ihn gesetzte Erwartung der Sympathiewerbung über die eigene Anhängerschaft hinaus. Auf einer Skala von -5 bis +5 gaben ihm die Unionsanhänger das Prädikat +1,66. Das ist weniger als bei „Freiheit statt Sozialismus“, der mit +2,16 notiert ist. Dafür erreicht er jedoch bei den Wählern, die wir erst noch gewinnen müssen, mit +0,9 bei SPD- und

trieb ergibt sich rechnerisch: eine Stunde weniger Arbeitszeit pro Woche erhöht die Kosten je Beschäftigtenstunde um 3 bis 5,5 % (davon 2,6 % Lohnausgleich).

Angesichts der Tatsache, daß gerade bei den lohnintensiven Klein- und Mittelbetrieben eine derartige zusätzliche Belastung nicht mehr verkraftet werden kann, mutet es wie Hohn an, wenn von den Befürwortern einer Arbeitszeitverkürzung die Ansicht geäußert wird, bei einer Stabilisierung der Konjunktur könnten die Unternehmungen zusätzliche Belastungen leicht verkraften.

Es scheint, daß die Zahl von 100 000 Konkursen in den letzten sechs Jahren und damit verbunden die Vernichtung von mehr als einer Million Arbeitsplätze den Verantwortlichen noch immer nicht klar gemacht hat, daß neue Arbeitsplätze nicht durch Verwaltung des Mangels geschaffen werden.

Notwendig ist vielmehr eine Politik, die es dem Leistungswilligen wieder leichter macht, selbständig zu werden.

+0,83 bei FDP-Wählern positive Wertungen. Mit Wertungen von -2,19 bzw. -2,32 bleibt der Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ bei diesen Wählern, die wir gewinnen wollen, (leider) eher zurück.

Übrigens: Bei den Wahlen in Bayern vergißt die CSU die Sympathiewerbung keineswegs. Zu Recht hat es doch in der offiziellen Wahlzeitung der Jungen Union Ihres Landes im letzten Landtagswahlkampf geheißen: „Ein Glück, ein Bayer zu sein.“

Und da ist in der Tat etwas dran. Viel Glück im nächsten Jahr.

Ihr

Dr. Heiner Geißler

■ ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ

Ehrenbergs Gesetzentwurf noch schlechter als der Runderlaß

Die Doppelzüngigkeit der SPD und insbesondere die des Arbeitsministers Ehrenberg ist schon bemerkenswert, stellte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion, MdB Adolf Müller (Remscheid), zur Diskussion um die 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes fest.

Als der sogenannte „Zumutbarkeits-erlaß“ (230/78) vor einigen Wochen für politischen Wirbel auch bei der SPD-Fraktion sorgte, machte Ehrenberg den zuständigen Beamten verantwortlich und feuerte ihn. Er selbst gab sich uninformat und unschuldig.

Der von diesem Minister dann aber vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes entschärft den Runderlaß keineswegs, wie man das nach den Protesten aus den Reihen der SPD erwartet hätte. Im Gegenteil! Die vom Kabinett verabschiedete 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz geht in ihren Auswirkungen noch wesentlich weiter als der umstrittene Runderlaß 230/78. Dies bedeutet, daß die SPD/FDP-Regierung die Bundesanstalt zwingen will, die Arbeitslosen noch schärfer anzupacken, als es bisher möglich war.

Dies läßt sich exakt und detailliert belegen:

① Beschäftigungen mit Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit können

nicht mehr von vornherein als unzumutbar abgelehnt werden.

② Die Führung des ehelichen Haushaltes ist für sich allein kein Grund mehr, nur Teilzeitarbeit anzustreben. Bisher war das zulässig. Jetzt wird Vollzeitarbeit verlangt, auch wenn vorher Teilzeitarbeit ausgeübt wurde. Die Frauen, die nicht mitmachen, verlieren ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld.

③ Arbeit zu tariflichen Bedingungen soll auch dann zumutbar sein, wenn der Arbeitslose vorher übertariflich bezahlt wurde. Diese Bestimmung ermöglicht eine belastendere Handhabung als der Runderlaß 230/78, weil dieser in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit in der Regel nur Lohn einbußen von 10 v. H. für zumutbar hält.

④ Die 5. Novelle hält ausdrücklich und generell einen Wechsel von einer Angestellten- zu einer Arbeiter Tätigkeit für zumutbar. Der Runderlaß verlangte diesen Wechsel in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit nur „innerhalb der Qualifikationsstufe“.

⑤ Nach dem neuen Entwurf kann auch ein Umzug gefordert werden und damit eine Beschäftigung außerhalb des Tagespendlerbereiches zumutbar sein. Der Erlaß sieht dagegen das Wochenendpendeln erst nach Ablauf von 6 Monaten als zumutbar an.

Ansichts solcher Tatbestände fragt man sich: Wo bleiben jetzt die lautstarke Proteste der SPD?

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

EUROPA-FAHNEN



- Größe:** ca. 150 x 500 cm; Hochformat
Material: Poly-Flag CPE
Druckausführung: Grund Weiß, vierfarbiger Eindruck in Grün, Schwarz, Rot und Goldgelb, licht-, luft-, wasser- und sonnenecht. Chem. Durchdruck, Rückseite erscheint als Spiegelbild
Konfektion: Ringsum gesäumt, an der Stangenseite mit sechs korrosionsfreien Patentaufhängern versehen.

Der Hersteller hat darauf hingewiesen, daß die Fahnen einer neuen Technik zufolge gegen schnelles Vergrauen geschützt seien.

Sofern Sie für Ihren Verband eine oder mehrere Fahnen bestellen möchten, bitten wir Sie, uns das bis zum **12. Januar 1979** verbindlich mitzuteilen. Spätere Bestellungen können nicht berücksichtigt werden; denn bei ausreichender Anzahl von Bestellungen werden wir am 15. Januar 1979 den Fertigungsauftrag erteilen.

Auslieferung und Berechnung erfolgen Mitte Februar durch die Herstellerfirma an die Besteller.

Der Preis beträgt höchstens 80,95 DM zuzüglich MwSt. und verringert sich je nach Umfang des Produktionsauftrages.

Bestellungen an: **CDU-Bundesgeschäftsstelle Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1**

Fahnenmasten



Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat mit Herstellern verhandelt und stellt Ihnen ein außerordentlich preiswertes Angebot für Fahnenmasten vor:

1. FH 5 H

Höhe: 8 m über Flur

Preis: 351,50 DM je Stück

(Komplettpreis inkl. Bodenhalterung)

2. FH 9 H

(mit Diebstahlschutz für die gehißte Fahne durch im Mast liegendes Hißseil)

Höhe: 8 m über Flur

Preis: 463,— DM je Stück

Die Fahnenmasten bestehen aus Spezial-Hartaluminium. Das Material ist wartungsfrei und verrottungsfest.

Die Montage ist einfach: Aushub des Erdreiches, Einsetzen der Bodenhalterung und Ausgießen mit Beton.

Den angegebenen Preisen sind Mehrwertsteuer, Verpackungs- und Transportkosten hinzuzurechnen. Bei Bezahlung innerhalb von zehn Tagen 3% Skonto.

Bitte, richten Sie Ihre Bestellung ausschließlich an:

Firma Wilhelm Fraunhoff GmbH

Herrn Landwehr

Postfach 22 10 47

5600 Wuppertal 22

Telefon (02 02) 60 30 10

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Nötigung

Es ist vollbracht. Der „Schnelle Brüter“ ist über die bisher höchste parlamentarische Hürde gehievt worden. Aber welch ein Preis! Auf der Strecke geblieben ist die Liberalität der Liberalen. Nur mit Hilfe einer in dieser Form noch nicht dagewesenen politischen Nötigung hat es die FDP-Spitze vermocht, die sechs Gegner des Kalkarer Projekts zur Stimmenthaltung zu bewegen.

Westfälische Rundschau, 15. 12. 1978

Am Schnellen Brüter scheiden sich nur die Geister der Koalition in NRW. Auch in der SPD-Fraktion und unter den SPD-Landesministern gibt es Gegner des Kalkarer Projekts. Sie stärken den FDP-Ministern Riemer und Hirsch bei ihrer Ablehnung den Rücken. Die Landesregierung kann froh sein, daß sie in dieser für sie verfahrenen Situation keine wirkliche Entscheidung zu treffen, son-

dern nur auszuführen hat, was in Bonn entschieden wurde. Sie ist bei dieser Gegensätzlichkeit der Standpunkte im Kabinett nämlich im Grunde nicht mehr entscheidungsfähig, da gespalten.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19. 12. 78

An einer Abstimmungsniederlage bei ihrem Antrag über den Weiterbau des Schnellen Brütters in Kalkar ist die Koalition zwar noch einmal haarscharf vorbeigekommen. Aber das Verfahren, mit dem die FDP-Spitze unter kräftigem Dazwischenfunken des Bundeskanzlers die Mehrheit erzwang, bleibt miserabel und peinlich.

Süddeutsche Zeitung, 15. 12. 1978

Linke Liberale, wie Frau Schuchardt und Frau Matthäus, die entgegen ihrem Gewissen und den unlängst gefaßten Parteitagsbeschlüssen der FDP gezwungen wurden, jedenfalls nicht „Nein“ zu sagen, stellen eine potentielle Gefahr für Schmidt und Genscher dar. Und stürzt Schmidt, ist auch Rau schnell am Ende.

Rheinische Post, 15. 12. 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD